Nummer 16

Mit Kurszettel | Mit Kurszettel

# Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Gustedt, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Abendausgabe . 20 Goldpfennig. | 70. Jahrgang | Sonnabend, 10. Januar 1925

Verantwortlich: Für den Inseratenteil H. Rogiewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

## Quertreibereien der Sozialdemokratie.

### Sondierungen Luthers bei den Parteien.

Obwohl Dr. Marx bereits gestern nachmittag dem Reichspräsidenten mitgeteilt hat, daß er den Auftrag zur Regierungsbildung nunmehr endgültig zurückgabe, ist wider alles Erwarten eine andere Persönlichkeit zur Lösung der Regierungskrise noch nicht berufen worden. Das ist um so beklagenswerter und unverständlicher, als doch in den langen Wochen seit den Wahlen alle Möglichkeiten so gründlich erörtert worden sind, daß neue langwierige Erwägungen doch eigentlich wirklich nicht mehr nötig sein sollten. Es heißt, Herr Dr. Luther werde erst heute abend zum Reichspräsidenten gehen und sondiere inzwischen die Parteien, auch die Deutschnationalen. Von dem Ergebnis dieser Sondierungen wolle er abhängig machen, ob er einen Auftrag zur Kabinettsbildung annehme.

Wir drücken wiederholt die Hoffnung aus, daß Herr Dr. Luther die schwere Arbeit übernehmen und Erfolg dabei haben möchte. Es sollte einem so erprobten Manne wie ihm der gute Wille aller bürgerlichen Parteien nicht versagt werden.

Eine besondere Note bringt der „Vorwärts" in die heutigen Verhandlungen. Er schreibt:

„Die Sozialdemokratie hat sich bisher zurückgehalten. Heute, im Augenblick der Gefahr, kann sie aussprechen, daß sie nicht nur bereit ist, zur Verhütung dieser Gefahr mitzutun, sondern daß sie auch bereit ist, sich soweit vorneun zu stellen, wie das von den anderen nichtmonarchistischen Parteien gewünscht werden könnte."

Hiermach spielt die Sozialdemokratie also mit dem Gedanken, daß sie selbst die Führung bei der Regierungsneubildung übernehmen und ein Sozialdemokrat, gestützt auf die Demokraten und vielleicht sogar die Kommunisten, ein reines Linkskabinett, selbst ohne Zentrum, bilden könnte. Sie bietet sich den nichtmonarchistischen Parteien und Herrn Ebert direkt dazu an. An der Börse war heute bereits das Gerücht verbreitet, es stehe ein Kabinett unter Leitung des sozialdemokratischen Führers Müller-Franken und des demokratischen Führers Koch in Aussicht.

Wäre man in der letzten Zeit nicht auch an die unwahrscheinlichsten Manöver der Parteitaktik gewöhnt, so würde man einen solchen Plan wie den des Vorwärts einfach als töricht ablehnen. Denn ein Ministerium Müller-Koch müßte ja bei der ersten Abstimmung im Reichstag fallen, würde also nur einen neuen, überflüssigen, sinnlosen Umzug bedeuten. Indessen die Entscheidung liegt bei Herrn Ebert und Herr Ebert ist trotz seiner Präsidentenwürde Sozialdemokrat geblieben.

Die verantwortlichen Persönlichkeiten der Reichsleitung und die Parteiführer seien auf das dringlichste gewarnt, ein Regiment der Willkür selbst in verschleierter Form zu wagen. Sie könnten Nachahmer bei denjenigen Elementen finden, die geneigt sind, der Willkür und Gewalt auch ihrerseits Gewalt entgegenzusetzen.

Dr. O.

•

**Der Reichspräsident hat den Staatssekretär im Reichspostamt Sautter mit der einstweiligen Wahrnehmung der Geschäfte an Stelle des seines Postens enthobenen bisherigen Reichspostministers Dr. Hoefle beauftragt.**

## Absetzung Eberts gefordert.

### Der Antrag der Nationalsozialisten.

Der bereits angekündigte Antrag der Nationalsozialistischen Freiheitspartei über die Absetzung des Reichspräsidenten Ebert hat folgenden Wortlaut: Durch Urteil des großen Schöffengerichts in Magdeburg vom 23. Dezember 1924 wurde festgestellt, daß der Reichspräsident Ebert durch seine Beteiligung am Munitionsarbeiterstreik im Jahre 1918 im strafrechtlichen Sinne Landesverrat begangen hat. Außerdem ist der Reichspräsident Ebert bereits seit Jahren mit dem Großschieber Barmat eng befreundet und hat ihn unter Mißbrauch seiner amtlichen Stellung, trotz offizieller Warnung der zuständigen Behörden, in unzulässiger Weise begünstigt. Reichspräsident Ebert ist dadurch in den immer ungeheuerlichere Dimensionen annehmenden Ostjuden- und Barmat-Skandal verwickelt. Gleichviel, wie die zweite Instanz das Verhalten des Reichspräsidenten beurteilen, und gleichviel, welches Ergebnis die Untersuchung im Barmat-Prozeß ergeben wird, hat durch diese Tatsachen das Ansehen des Reichspräsidenten im In- und Auslande in einer Weise gelitten, daß sein ferneres Verbleiben im Amte mit der Würde und den Interessen des Deutschen Reiches nicht mehr zu vereinbaren ist. Wir hatten als selbstverständlich erwartet, daß ein belasteter Reichspräsident, das Wohl des Vaterlandes über die eigene Person stellend, sein Amt sofort niederlegen würde. Da dies nicht geschehen ist, beantragt der Reichstag nach Art. 43 Abs. 2 der Reichsverfassung, den Reichspräsidenten Ebert durch Volksabstimmung abzusetzen.

### Eine amtliche Abwehr.

W. T. B. meldet:

Gegenüber Meldungen einiger Blätter, die einen Zusammenhang der Brüder Barmat mit dem Reichspräsidenten zu konstruieren (?) versuchen, wird amtlich festgestellt, daß der Reichspräsident niemals die Ausstellung eines Visums für einen der Barmats oder einen ihrer Angehörigen veranlaßt oder ihnen Empfehlungsschreiben ausgestellt hat. Ebensowenig ist ein solches Visum oder eine solche Empfehlung durch das Bureau des Reichspräsidenten erfolgt. — Die Prüfung der Akten des Bureaus des Reichspräsidenten und der des Auswärtigen Amtes hat sofortlich ergeben, daß im Frühjahr 1919 der damals im Bureau des Reichspräsidenten auf Privatdienstvertrag beschäftigte Landtagsabgeordnete Franz Krüger ohne Wissen und Willen des Reichspräsidenten eigenmächtig und mißbräuchlich beim Deutschen Generalkonsulat Amsterdam für Angehörige der Familie Barmat ein Paßvisum beantragt und ebenso eigenmächtig für diese eine Grenzempfehlung ausgestellt hat. Der Reichspräsident hat, als er kurz darauf davon Kenntnis erhielt, sofort die Eigenmächtigkeiten ausweislich der Akten seines Bureaus schriftlich auf das schärfste gerügt und Vorkehrung getroffen, die die Wiederholung derartiger oder ähnlicher Schritte verhinderten.

### „Mein Freund Ebert."

Wie jetzt festgestellt worden ist, hat sich in der Tat auf dem Schreibtisch der Barmats in Amsterdam eine Reproduktion des Bildes des Reichspräsidenten befunden. Dieses Bild trägt die Unterschrift Barmats und die von ihm selbstgeschriebenen Worte: „Mein Freund Ebert!"

## Das besetzte Gebiet appelliert an die Heimat.

### Ein Trauertag.

Es ist charakteristisch für den ganzen Jammer unserer Lage, daß die deutsche Oeffentlichkeit des nichtbesetzten Gebietes heute, am 10. Januar, die Augen auf das innenpolitische Hin und Her gerichtet hat, das nun seit fünf Wochen in der Reichshauptstadt sich abspielt, ohne daß das erstrebte Ziel, die Bildung einer Regierung, erreicht wäre. Heute, an einem Tage, der in dreifacher Beziehung ein Tag der deutschen Volkstrauer und der nationalen Empörung aller Deutschen gegen die Politik der Entente sein sollte, müssen wir uns Sorgen darüber machen, ob es ohne neue innere Erschütterungen möglich sein wird, endlich dem Willen, den das deutsche Volk in seiner Mehrheit am 7. Dezember kundgetan hat, in einer fest fundierten, national eingestellten Regierung Ausdruck zu geben. Es ist bezeichnend, daß die Anregung des Oberbürgermeisters von Potsdam, heute halbmast zu flaggen, in dem weiten deutschen Vaterland vereinzelt geblieben ist.

Die Oeffentlichkeit der Entente, besonders Englands, ergeht sich in lebhaften Diskussionen über die englische Politik in bezug auf die Nichträumung der nördlichen Rheinlandzone. Nur bei uns, den Beleidigten und Mißhandelten, spricht man von Koalitionen, von Fraktionsverhandlungen und gescheiterten Regierungsbildungsversuchen. Angesichts dieser traurigen Tatsache kann es Neuter wagen, in heiß-fälligem Tone aus Paris zu melden, daß wegen der deutschen Note über die Nichträumung Kölns es sehr zweifelhaft sei, ob man sie überhaupt beantworten werde. Man sei der Meinung, „daß es nicht Sache Deutschlands sei, darüber zu urteilen, ob die deutschen Verstöße so beschaffen seien, daß sie die Schwere der von den Alliierten getroffenen Entscheidungen rechtfertigen".

Ein dreifacher Trauertag! Heute ist der Vertragsbruch der Entente in der Frage der nördlichen Rheinlandzone zur Tatsache geworden, heute tritt, gemäß dem Schandvertrage von Versailles, die zwangsweise zollpolitische Angliederung des Saargebiets an Frankreich in Kraft, heute sind fünf Jahre vergangen, seit das alte deutsche Danzig auf Grund des Versailler Diktats vom Mutterlande getrennt wurde. Tausendfache Ursache für alle Deutschen, die sich über das oft so widerliche Parteigetriebe und über all die persönlichen Nöte der letzten sechs Jahre hinweg noch Kraft genug zur Beurteilung unserer Gesamtlage und noch Nationalgefühl genug bewahrt haben, heute zu erkennen, daß das einzige, beherrschende, einigende Moment unserer politischen Einstellung die abwehr gegen die Gewaltpolitik der Entente sein muß. Auf der Basis dieser Erkenntnis muß sich dann auch eine Regierung zusammenfinden, in der wir nur diejenigen Parteien oder Kreise des deutschen Volkes gern missen, die etwa — um nur ein Beispiel anzuführen — für jenen Herrn von Gerlach Sympathie empfinden, der vor einigen Tagen Seite an Seite mit Basch in Straßburg eine französische Rede hielt, um am Schlusse von dem Leiter der Versammlung (die die auch hier ganz französisch eingestellte Liga für Menschenrechte veranstaltet hatte,) den — dreifachen Bruderkuß auf beide Wangen zu empfangen als Dank für den Aufruf zur deutsch-französischen Verbrüderung, mit dem er seine Rede geschlossen hatte. Dr. J.

## Die Vertreter des besetzten Gebiets beim Reichskanzler.

### Adenauer als Sprecher.

Auf Anregung führender politischer und wirtschaftlicher Kreise des besetzten Gebietes hat heute vormittag der Reichskanzler im Beisein der Mitglieder des Reichskabinetts und des preußischen Staatsministeriums sowie der Vertreter der Länder eine große Anzahl namhafter Persönlichkeiten aus dem besetzten Gebiete empfangen. Es waren erschienen die Vorstände der Ausschüsse der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Stadt- und Landkreise, der Presse usw.; ferner die Rheinischen Abgeordneten.

Als Wortführer hielt

**Oberbürgermeister Dr. h. c. Adenauer-Köln.**

nachstehende Ansprache.

Der 10. Januar des Jahres 1925 sollte für das besetzte rheinische Gebiet ein Tag der Freude werden. Wir haben, und zumal im letzten Jahre, die begründete Hoffnung hegen dürfen, daß infolge der von Deutschland eingeschlagenen Politik der erste der im Versailler Vertrag festgesetzten Räumungstermine innegehalten würde und daß am 10. Januar 1925 für die nördliche Zone, für 2½ Millionen Menschen, die Stunde der Befreiung von der Besatzung schlagen würde. Das ganze besetzte Gebiet durfte in dieser fristgemäßen Räumung ein Unterpfand dafür erblicken, daß auch die folgenden Termine innegehalten würden. In dieser unserer Hoffnung und Erwartung sehen wir uns

**auf das schwerste und bitterste getäuscht.**

Die Räumung ist heute am 10. Januar nicht erfolgt; es hat ein Notenwechsel stattgefunden zwischen den Besatzungsmächten und der deutschen Reichsregierung. Die Note, die die Besatzungsmächte überreicht haben, ist reichlich unklar und, wenn sie auch nicht aller Hoffnung uns beraubt, so ist sie doch geeignet, uns mit den schwersten Besorgnissen zu erfüllen, sie sieht — das möchte ich auch hier nochmals nachdrücklichst betonen — nach der ganzen Art und Weise, wie sie sich ausdrückt, in schärfstem Gegensatz zu der Loyalität, mit der das besetzte rheinische Gebiet die vertragsgemäße Besetzung während der vergangenen Jahre getragen hat (sehr richtig!). In unserer Not, meine Herren, und in unserer großen Besorgnis kommen wir zu Ihnen, um von Ihnen zu hören, was die Reichsregierung zu tun gedenkt, welche Mittel sie hat, um dafür zu sorgen, daß die Stunde unserer Befreiung möglichst bald schlägt.

Der

**Reichskanzler Marx**

erwiderte:

Meine Herren!

Ich habe gerne Ihrem Wunsche entsprochen und Sie hier aus Anlaß des Beschlusses der alliierten Regierungen über die Nichträumung des ersten Besatzungsabschnittes empfangen. Es ist nur natürlich und allzu begreiflich, daß Sie, meine Herren, die Vertreter des besetzten Gebietes, den dringenden Wunsch haben, sich mit der Reichsregierung über alle durch diesen tief bedauerlichen Beschluß aufgeworfenen Fragen eingehend auszusprechen. Ihr Wunsch begegnete sich mit dem meinen. Denn auch ich hatte nicht nur als Reichskanzler, sondern auch als rheinischer Landsmann das Verlangen nach Aussprache mit Ihnen.

An sich bedeutet der Beschluß der alliierten Regierungen

**ein Unrecht, das dem ganzen Deutschland angetan**

wird, das ganz Deutschland als solches empfindet. Aber das besetzte Gebiet, dessen berufene Sprecher Sie sind, wird davon ganz besonders betroffen, materiell und seelisch. Das besetzte Gebiet trägt nun schon die schwere Last der Besetzung seit Beginn des Waffenstillstandes, also seit mehr als 6 Jahren. Sie haben schwere, ja furchtbare Zeiten hinter sich. Gewiß hat Ihnen das Londoner Abkommen durch den infolge der Londoner Vereinbarungen herangekommenen allgemeinen Geist der Befriedung Erleichterung gebracht. Umso stärker ist jetzt die Enttäuschung, daß die erwartete Räumung des ersten Besatzungsabschnittes, auf die wir nach unserer festen Ueberzeugung auf Grund des Vertrages von Versailles einen Rechtsanspruch haben, nicht fristgemäß erfolgen wird.

Die Folgen dieses Beschlusses der interalliierten Regierungen sind natürlich schwer. Man darf vor allen Dingen die seelische Wirkung nicht aus dem Auge lassen, die dieser Beschluß auf die betroffenen Bevölkerungskreise haben muß. Lasten, auch schwere Lasten sind zu tragen, wenn man weiß, daß wir jeden Tag der Befreiung näherkommen. Die Unhaltbarkeit der Begründung, die die alliierten Regierungen ihrem Beschluß gegeben haben, ist in unserer Antwortnote nachgewiesen, sodaß ich heute auf sie nicht näher einzugehen brauche. Wir müssen erwarten, daß die nachträgliche Räumung nicht ins Ungewisse gestellt wird, denn gerade eine solche Ungewißheit ist für die betroffene Bevölkerung in psychologischer Hinsicht ganz besonders drückend und deprimierend. Das gilt in erster Linie für das besetzte Gebiet.

Meine Herren, seien Sie überzeugt, daß die Reichsregierung bei allem Hin und Her des Notenwechsels und der Verhandlungen nicht vergessen wird, daß es sich bei diesem politischen Kampfe um das Schicksal von Millionen lebendiger Menschen und treuer deutscher Patrioten handelt. Die rheinische Bevölkerung hat so oft Zeugnis abgelegt von ihrer politischen Einsicht und Besonnenheit, daß ich weiß, sie wird auch die jetzige harte Geduldsprobe in Ruhe über sich ergehen lassen. Haben Sie Vertrauen zu der Reichsregierung, daß sie alles tun und nichts unterlassen wird, das uns dem von Ihnen und mir erstrebten Ziele näher bringt. Die Reichsregierung hat in ihrer Antwortnote trotz allem noch mals ihren Willen der Verständigung betont und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Meinungsverschiedenheiten im Wege der Verhandlungen beigelegt werden können. Aber bei allem Verständigungswillen werden wir selbstverständlich niemals vergessen, daß es sich bei diesen politischen Kämp